DPolG-Umfrage zur Berufszufriedenheit und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei Hamburg – Auswertung

Polizei Hamburg: ganz weit weg von fünf

© Vasilis – stock.adobe.com

Umfrage: Anspruch und Wirklichkeit klaffen deutlich auseinander

Ende Juli hat die ***DPolG Hamburg*** alle Kolleginnen und Kollegen der Hamburger Polizei, losgelöst von Statusamt, dienstlicher Laufbahn oder Gewerkschaftszugehörigkeit, gebeten, an einer von der ***DPolG*** initiierten „Umfrage zur Berufszufriedenheit und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei Hamburg“ teilzunehmen.



© DPolG Hamburg

Wir wollen wissen, wie zufrieden oder unzufrieden unsere Kolleginnen und Kollegen mit ihrem Arbeitgeber sind. Wie sehen sie „ihre“ Polizei, wo „drückt“ der Schuh, welche dienstlichen Umstände belasten sie persönlich oder auch die Angehörigen? Work-Life-Balance – Schlagwort oder tatsächlich gelebte Praxis? Wie steht es um Anerkennung und Wertschätzung der dienstlichen Tätigkeit? Wird persönliches Engagement wahrgenommen? Wie empfinden unsere Kolleginnen und Kollegen den politischen Rückhalt, sofern es diesen überhaupt gibt? Welche Kritikpunkte stehen ganz oben, aber auch: Was läuft gut?

> **Die *DPolG* will wissen: Wie geht’s dir, Kollegin und Kollege, mit deiner Polizei?**

Die Online-Umfrage wurde am 27. Juli freigeschaltet und lief bis zum 27. August dieses Jahres. Insgesamt haben sich innerhalb dieser vier Wochen 2.420 Kolleginnen und Kollegen an der Umfrage beteiligt. Zum Stichtag 1. August 2026 waren 11.274 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (davon 1.158 Nachwuchskräfte in Ausbildung/Studium) bei der Polizei Hamburg beschäftigt. Damit haben sich also 21,47 Prozent aller Kolleginnen und Kollegen an der ***DPolG***-Umfrage beteiligt. Das ist eine überdurchschnittliche Beteiligung und unterstreicht eindrucksvoll die Relevanz sowie die Aussagekraft der Umfrage.



© Oliver Schinkmann

Zahlen – Daten – Fakten zur Umfrage

- **Teilnehmer nach Geschlecht:**

1.564 Männer 829 Frauen 2 divers 25 keine Angabe

- **Teilnehmer nach Status:**

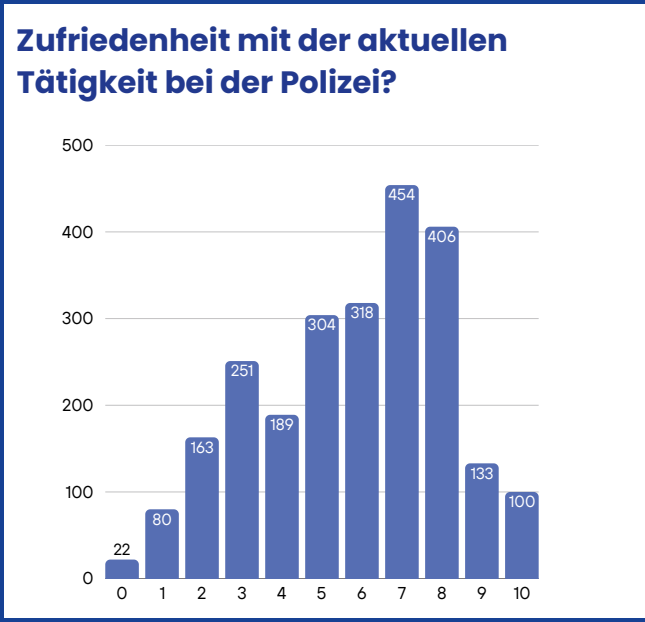
2.103 Beamtinnen/Beamte 314 Tarifbeschäftigte 3 keine Angabe

- **Teilnehmer nach Laufbahnzweig:**

1.583 SCH 506 K 61 WSP 231 Verwaltung 39 keine Angabe

Kernaussagen der Umfrage

- **Zufriedenheit mit der aktuellen Tätigkeit bei der Polizei (Skala 0 bis 10)**



- **Erneute Laufbahn bei der Polizei Hamburg?**

Ja: 808
Nein: 1.305
keine Angabe: 307

- **Arbeitgeberwechsel innerhalb Hamburgs nachgedacht (nur Tarifbeschäftigte)?**

Ja: 231
Nein: 72
keine Angabe: 11

- **Länderwechsel angestrebt/nachgedacht?**

Ja: 1.161
Nein: 1.137
keine Angabe: 122

- **Werden Arbeit und persönliches Engagement wertgeschätzt?**

Ja: 422
Nein: 1.945
keine Angabe: 53

- **Sind die Möglichkeiten zur Weiterbildung ausreichend?**

Ja: 886
Nein: 1.365
keine Angabe: 169

- **Work-Life-Balance gegeben?**

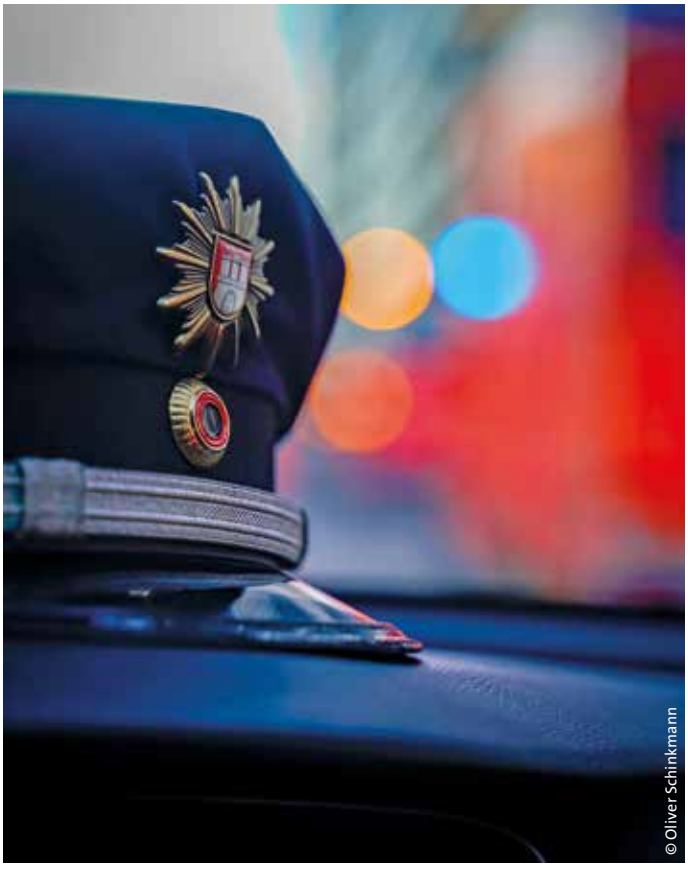
Arbeit überwiegt: 1.601
Ausgeglichen: 739
Freizeit überwiegt: 33
keine Angabe: 47

- **Wie bewerten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Umfrage ihren Arbeitgeber Polizei Hamburg? (1 Stern bis 5 Sterne)**



Bewertung der Umfrageergebnisse

Die ***DPolG Hamburg*** bewertet die Umfrageergebnisse als deutliches Stoppsignal unserer Kolleginnen und Kollegen an Polizeispitze und Behördenleitung. Die Unzufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen wird in den Antworten und in den Freitextfeldern klar formuliert und äußert sich in Zitaten zur mangelhaften Bezahlung/Besoldung, fehlender Wertschätzung und der als völlig unzureichend empfundenen Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Polizeiführung und Innenbehörde. Wenn Kol-


© Oliver Schinkmann

leginnen und Kollegen schreiben: „Keine amtsangemessene Alimentation und im Ländervergleich schlecht bezahlt. Keine Wertschätzung, kein kooperativer Führungsstil innerhalb der Schutzpolizeileitung ... Aufgrund der Nachzahlungen und der Besoldungserhöhung in anderen Bundesländern würde ich mich heute nicht mehr für Hamburg entscheiden ... Die Vergütung steht nicht im Verhältnis zur Leistung, den Anforderungen und dem Umfang der Aufgaben. Fehlende Wertschätzung durch den Dienstherrn. Keine Arbeitszufriedenheit ... Sparkurs wird auf Personal abgewälzt ... Führungskräfte ohne Führungskompetenz ... Begrenzte Möglichkeiten zur Weiterentwicklung ... Fehlende beziehungsweise sehr geringe Aufstiegschancen ... Kein Rückhalt aus der Politik ... und, und, und – wir könnten weitere Seiten mit entsprechenden Zitaten füllen.



© DPolG Hamburg

Landesvorsitzender Thomas Jungfer zur Umfrage

„Die Hamburger Polizei zeigt sich in der Öffentlichkeit als moderne und weltoffene Großstadtpolizei, die auch die größten Einsatzlagen bewältigt und mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als ‚Vorzeigepolizei' präsentiert wird. Nach erfolgreichen und oft medienwirksamen Einsätzen sind Behördenleitung und Polizeiführung voll des Lobes. So weit das Selbstbild. Die von der ***Deutschen Polizeigewerkschaft Hamburg (DPolG)*** durchgeführte Umfrage rückt dieses Selbstbild ‚gerade'. Was sagt es über die Polizei aus, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Arbeitgeber mit noch nicht einmal 2,5 von maximal fünf Sternen beurteilen?



© Tobias Koch

Was sagt es aus, wenn 1.305 Kolleginnen und Kollegen, die an der Umfrage teilgenommen haben, sich nicht wieder für die Polizei entscheiden würden? Mehr als die Hälfte der Umfrageteilnehmer würde statt in Hamburg lieber in einem anderen Bundesland als Polizist arbeiten. Eine übergroße Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen fühlt sich nicht wertgeschätzt und bemängelt zudem den Rückhalt von Polizeiführung und Behördenleitung. Dazu kommen die Dauerbaustellen unzureichende Besoldung beziehungsweise Bezahlung sowie die Nichtgewährung einer amtsangemessenen Alimentation. In Hamburg müssen sich Polizeibeamtinnen und -beamte sowie Versorgungsempfänger ihre korrekten Dienstbezüge beziehungsweise das Ruhegehalt bis vor das höchste Gericht durch Klagen erzwingen – wie schäbig!

Der Senat hat mit dem Entwurf zum Doppelhaushalt 2027/2028 der Hamburger Polizei eine massive Spar-, Streich- und Kürzungsliste mit drastischen Auswirkungen auf meine Kolleginnen und Kollegen vorgelegt! Nach Aussage des Ersten Bürgermeisters bleibt die innere Sicherheit prioritär. Für die Polizei sieht diese Priorität dann so aus: Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden, Streichung des Arbeitszeitverkürzungstages, Personalreduzierung in der Polizeiverwaltung und im gesamten Tarifbereich der Polizei, selektiver Verzicht auf Wiederbesetzungen, das Hinauszögern von Beförderungen, die Abschaffung von Polizeihubschraubern und der Reiterstaffel.

Wer wundert sich jetzt noch, dass die Stimmung innerhalb der Polizei und bei den Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag für Hamburgs Sicherheit den Kopf hinhalten, im Keller ist?

Ich fordere Innensenator Andy Grote (SPD) und Polizeipräsident Falk Schnabel auf, die Belastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei herunterzufahren, der Sparpolitik ein Ende zu setzen und sich verstärkt den Anliegen der Kolleginnen und Kollegen zuzuwenden, damit unsere Kollegen gehört werden und echte Wertschätzung erfahren."

Die ***DPolG Hamburg*** bedankt sich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die an der Umfrage teilgenommen haben und ihre berechtigten Sorgen, Anliegen und Probleme zum Ausdruck brachten – danke!

Hinweis: Die detaillierte Auswertung der Umfrage ist auf der Homepage der ***DPolG Hamburg***: www.dpolg-hh.de eingestellt. Dort finden sich dann auch weitere Angaben zur Organisationszugehörigkeit und Dienstzeit der Umfrageteilnehmer, weitere allgemeine Daten sowie spezifische Aussagen, die an dieser Stelle den Umfang sprengen würden.





Rot-Grün bleibt auf Konfrontationskurs

Thomas Jungfer: „Im Rathaus sind die Räuber!“

Der dbb Hamburg hat am 14. Oktober zur demonstrativen Aktion „Eure Politik – und das Kartenhaus stürzt ein“ aufgerufen! 350 Kolleginnen und Kollegen aus Fachgewerkschaften von dbb und DGB nahmen teil und haben an der Reesendammbrücke in Sichtweite des Rathauses gegen die Sparpolitik des rot-grünen Senats demonstriert. Unter anderem sprach Landesvorsitzender Thomas Jungfer zu den Teilnehmern und kritisierte dabei, dass der Senat selbst für Kolleginnen und Kollegen im Schicht- und Wechselschichtdienst keine Ausnahmen von der Erhöhung der Wochenarbeitszeit zulässt. Weiter wurde auf die mangelnde Wertschätzung seitens der Politik hingewiesen. Auch die unzureichenden, lächerlichen Regelungen zur amtsangemessenen Alimentation und zum Ruhegehalt wurden kritisiert. Als Höhepunkt der Aktion wurde dann ein Kartenhaus zum Einsturz gebracht, das die Auswirkungen des Sparpakets auf die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Hamburg symbolisieren soll. Für die ***DPolG Hamburg*** ist klar: Wir werden weiterhin zusammen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gegen die Sparwut des Senats demonstrieren. Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat bereits verloren!

#DPolGDeinetwegen





© Frank Riebow (5)

Polizeiverwaltung unter doppeltem Spardruck – wie soll das funktionieren?

Beate Petrou, Vorsitzende Fachbereich Verwaltung

Die Freie und Hansestadt Hamburg steht vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. Die angespannte Haushaltslage zwingt die Stadt zu weitreichenden Einsparmaßnahmen, die auch vor der Polizei nicht haltmachen. Nach den derzeitigen Angaben steht hamburgweit eine Reduzierung der Personalkapazitäten in einer Größenordnung von rund 2.500 Stellen im Raum. Für die Polizeiverwaltung kommt jedoch eine weitere erhebliche Belastung hinzu: Das ursprünglich vorgesehene Entlastungspaket wurde nicht ausreichend finanziell hinterlegt. Deshalb sollen nun zusätzlich Personalkapazitäten im Umfang von rund 210 Vollzeitkräften wieder abgebaut werden – und das bei einem bereits bestehenden erheblichen Vakanzbestand.

Weniger Personal – aber was wird aus den Aufgaben?

Erste Bereiche mit Einsparpotenzial wurden bereits identifiziert. Weitere Aufgaben, Strukturen und Arbeitsabläufe sollen nun umfassend überprüft werden. Damit stehen wir am Anfang eines Veränderungsprozesses, dessen Auswirkungen noch längst nicht vollständig absehbar sind. Die ***DPolG*** unterstützt die Stärkung des Polizeivollzugs. Doch eine leistungsfähige Polizei braucht ebenso eine leistungsfähige Verwaltung. Wer Personal reduziert, muss erklären, welche Aufgaben künftig entfallen, vereinfacht oder anders organisiert werden können. Es darf nicht passieren, dass Einsparvorgaben erfüllt werden, während die verbleibenden Beschäftigten die Folgen durch immer höhere Arbeitsbelastungen auffangen müssen.

Digitalisierung und KI – Chancen, aber keine Patentlösungen

Die Modernisierung von Verwaltungsabläufen und der Einsatz künstlicher Intelligenz bieten zweifellos Chancen. Allerdings müssen neue Systeme zunächst eingeführt, mit Daten versorgt und von den Beschäftigten beherrscht werden. Gerade in der Anfangsphase kann dies zusätzliche Arbeit bedeuten. Nicht jeder Arbeitsprozess lässt sich kurzfristig digitalisieren. Deshalb müssen technische Entwicklungen, Aufgaben und Personalplanung aufeinander abgestimmt werden. Erst müssen tragfähige Lösungen vorhanden sein, bevor mit deren erhofften Einsparwirkungen gerechnet wird. Personalreduzierung und neue Anforderungen – passt das zusammen? Auch in anderen Bereichen der Polizei stehen Veränderungen an. So sind beispielsweise eine Reduzierung der vorgegebenen AiP-Zahlen und gleichzeitig weitere Investitionen in technische Ausstattung vorgesehen. Hier muss sorgfältig geprüft werden, wie sich veränderte Personalstärken, neue Technik und die weiterhin zu erfüllenden Aufgaben miteinander vereinbaren lassen.

Entscheidend ist, dass die geplanten Veränderungen am Ende auch tatsächlich funktionieren

Die ***DPolG*** wird genau hinschauen! Für uns als ***DPolG*** ist klar: Die anstehenden Prüfprozesse müssen transparent und nachvollziehbar gestaltet werden. Der Personalrat ist frühzeitig zu beteiligen, und die Beschäftigten müssen wissen, welche Veränderungen auf sie zukommen. Die ***DPolG*** wird diese Entwicklung kritisch und konstruktiv begleiten, Entscheidungen hinterfragen und sich konsequent für die Interessen der Verwaltungsbeschäftigten einsetzen. Wir verschließen uns notwendigen Veränderungen nicht. Aber Einsparungen dürfen nicht zulasten der Gesundheit, Motivation und Arbeitsbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen gehen. Die Verantwortung für eine funktionierende Polizei darf nicht allein auf den Schultern der verbleibenden Beschäftigten liegen. Wer die Polizei stärken will, darf ihre Verwaltung nicht schwächen! —



© Frank Riebow (2)

„Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Polizei“

Im Gespräch: Nicholas Kriegk, Erster stellvertretender Landesvorsitzender, und der Leiter der strategischen Polizeiforschung (FosPol) an der Akademie der Polizei Hamburg, Dr. Behnam Heidenreuter.



© DPolG Hamburg

Was ist FosPol?

Die Forschungsstelle für strategische Polizeiforschung (FosPol) an der Akademie der Polizei Hamburg verbindet wissenschaftliche Forschung mit polizeilicher Praxis. Wir untersuchen aktuelle und strategisch relevante Fragen der Polizei und entwickeln daraus wissenschaftlich fundierte Impulse für Organisation, Führung sowie Aus- und Fortbildung. Dabei verstehen wir uns als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Polizei: Wir bringen empirische Forschung in die polizeiliche Praxis und tragen zugleich Fragestellungen und Erfahrungen aus der Praxis in die Wissenschaft. Unser Ziel ist eine Polizei, die ihr eigenes Handeln reflektiert, evidenzbasiert weiterentwickelt und gesellschaftliche Veränderungen frühzeitig aufgreift.

Du bist jetzt seit rund einem Jahr Leiter der Forschungsstelle. Welchen Eindruck nimmst du aus diesem ersten Jahr mit?

Mein Eindruck nach diesem ersten Jahr ist vor allem der einer sehr engagierten und leistungsfähigen Organisation. Ich habe viele kompetente und engagierte Kolleginnen und Kollegen kennenlernen dürfen und hatte auch die Möglichkeit, bei verschiedenen Organisationseinheiten zu hospitieren. Diese unmittelbaren Einblicke haben mir noch einmal ein sehr viel konkreteres Bild von der täglichen Arbeit der Polizei vermittelt. Dabei ist mir noch einmal sehr deutlich geworden, vor welchen anspruchsvollen Herausforderungen die Kolleginnen und Kollegen von Schutzpolizei und LKA gerade in einer Großstadt wie Hamburg stehen. Der Umgang mit Drogen und Wohnungslosigkeit, Einsätze mit psychisch erkrankten Menschen, komplexe Ermittlungsverfahren oder große Einsatzlagen verlangen den Beschäftigten viel ab und müssen häufig unter erheblichem Zeit- und Entscheidungsdruck bewältigt werden. Das verdient aus meiner Sicht große Anerkennung.

Besonders gefreut hat mich aber auch die große Offenheit, die ich bei vielen Kolleginnen und Kollegen gegenüber der FosPol und unserer Forschung erlebt habe. Ich habe zahlreiche Gespräche geführt und dabei immer wieder Interesse an unseren Forschungsprojekten, an wissenschaftlichen Perspektiven auf polizeiliche Arbeit und auch an einer Zusammenarbeit erlebt. Das ist für mich ein wichtiges Signal und macht Mut für die weitere Entwicklung der FosPol. Gleichzeitig ist deutlich geworden, dass die derzeitige Haushaltslage auch die Polizei vor zusätzliche Herausforderungen stellt und dies die Arbeit sicher auch beeinflussen und an einigen Stellen verändern wird. Umso mehr freue ich mich darauf, die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Organisationseinheiten weiter auszubauen und gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen relevante Fragen aus der polizeilichen Praxis wissenschaftlich zu untersuchen.

Welche Themen bearbeitet ihr aktuell?

Unsere Forschung ist bewusst breit aufgestellt und orientiert sich an Fragestellungen, die für die Polizei Hamburg strategisch relevant sind. Aktuell beschäftigen wir uns beispielsweise mit der Evaluation des Einsatzes von Bodycams in Wohnräumen, mit den Auswirkungen ethnischer und religiöser Diversität innerhalb des Polizeipersonals sowie mit dem Umgang mit psychisch erkrankten Personen im polizeilichen Einsatz und in der Aus- und Fortbildung.

Ein weiterer Schwerpunkt ist das polizeiliche Handeln im Zusammenhang mit den sogenannten Gaza-Protesten in Hamburg. Dabei untersuchen wir unter anderem, wie sich das Verhältnis zwischen Polizei und Protestierenden entwickelt hat und welche Bedeutung Kommunikation und deeskalative Strategien für den Verlauf von Versammlungen haben. Hierzu haben wir sowohl die Perspektive der Protestierenden als auch die der Polizei einbezogen und unterschiedliche Datenquellen miteinander verbunden. Allen Projekten gemeinsam ist die Frage, wie polizeiliches Handeln wissenschaftlich untersucht und auf dieser Grundlage weiterentwickelt werden kann.

Ende Teil 1

Vita

Dr. Behnam Heidenreuter, Leiter FosPol

Behnam Heidenreuter ist promovierter Islamwissenschaftler mit afghanisch-deutscher Familiengeschichte. Der gebürtige Hamburger studierte in Hamburg Islamwissenschaft, Politikwissenschaft sowie Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. 2014 promovierte er an der Universität Jena. Von 2008 bis 2018 arbeitete er als Islamwissenschaftler beim Landesamt für Verfassungsschutz in Hamburg. 2025 war er für die Justizbehörde Hamburg als Referatsgruppenleiter in der Abteilung „Justizvollzug“ tätig. Seit September 2025 leitet er die „Forschungsstelle für strategische Polizeiforschung“ (FosPol) an der Akademie der Polizei Hamburg. Er ist Autor mehrerer Fachbücher und -artikel zu den Themen Islamismus, Salafismus und Dschihadismus. Eine breite Rezeption erfuhr sein Buch „Islamischer Staat – IS-Miliz, al-Qaida und die deutschen Brigaden“, welches die erste deutschsprachige Monografie zum „Islamischen Staat“ und zum Bürgerkrieg in Syrien darstellte.

E-Scooter: Herausforderungen und Lösungen aus der Praxis

Von Andreas Dubsky, Vorsitzender Fachbereich Schutzpolizei


© DPolG Hamburg (2)



Anfang Oktober fand in der Landesgeschäftsstelle der ***DPolG Hamburg*** das Tagesseminar „E-Scooter: Herausforderungen und Lösungen aus der Praxis“ statt. Der Fachbereich Schutzpolizei hatte das aktuelle Thema aufgegriffen und zum Seminar eingeladen. Landesvorsitzender Thomas Jungfer eröffnete das Seminar und begrüßte die zahlreichen Teilnehmer. Er ging auf aktuelle gewerkschaftliche Themen ein und betonte noch einmal, wie wichtig das Thema Elektrokleinstfahrzeuge (EKF) auch für die tägliche Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen sei.

Im Anschluss referierte Cedric Willgalis über das Thema Elektrokleinstfahrzeuge. Er ist einer der führenden Köpfe beim Themenfeld EKF in der Hamburger Polizei. Den Einstieg bildeten Zahlen, Daten und Fakten rund um das Thema. Im Anschluss wurde der rechtliche Rahmen für die Zulassung und das Führen von EKF beleuchtet. Es gab einen regen Austausch zwischen den Teilnehmern und Cedric Willgalis in Bezug auf die tägliche polizeiliche Arbeit auf der Straße. Den Höhepunkt bildete der praktische Part. Die Kolleginnen und Kollegen konnten Manipulationen an mitgebrachten EKF live begutachten. In dem Zusammenhang wurden auch die technischen Möglichkeiten der Manipulation und des Tunings von EKF vorgestellt. Ebenfalls regen Anklang fand die mobile Geschwindigkeitsprüfrolle E-Speed-Control. Einfach am Kontrollort aufstellen, das Antriebsrad des Fahrzeugs auflegen, „Gas“ geben – und schon zeigt die Rolle, wie schnell das Gefährt wirklich ist. Im Anschluss referierte der neue stellvertretende Leiter der Schutzpolizei, Thomas Model, mit einem Impulsvortrag zu den Themen Verkehrsdirektion und Elektrokleinstfahrzeuge. Als ehemaliger Leiter der Verkehrsdirektion sind für ihn Elektrokleinstfahrzeuge ein Herzensthema. Er ging unter anderem auf die steigenden Unfälle mit EKF in Hamburg ein. Im Vergleich zu 2024 ist die Zahl der unfallbeteiligten EKF um fast 23 Prozent auf 962 gestiegen. Von diesen 962 Unfallbeteiligten wurden 630 verletzt. Eine Vielzahl dieser Unfälle sind auch sogenannte Eigenunfälle. Die aktuelle Rechtslage sieht keine Helmpflicht für EKF vor. Da besteht aus Sicht der ***DPolG Hamburg*** dringender Handlungsbedarf seitens des Gesetzgebers. Zum Abschluss stand Thomas Model noch für Fragen und Anregungen der Teilnehmer zur Verfügung. Der Fachbereich Schutzpolizei bedankt sich bei den Referenten und freut sich auf zukünftige spannende Seminare zu aktuellen Themen der Polizei. –


© Pixabay

Die Zahl der E-Scooter-Unfälle mit Personenschaden ist im Jahr 2025 deutschlandweit drastisch gestiegen. Nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) nahm ihre Zahl gegenüber 2024 um 38,1 Prozent von 11.944 auf 16.496 zu. Bei E-Scooter-Unfällen kamen 2025 insgesamt 38 Menschen ums Leben, was im Vergleich zu 2024 mit 27 Getöteten einem Anstieg um 40,7 Prozent entspricht. Auch die Zahl der Schwerverletzten stieg deutlich um 25,2 Prozent auf 1.895. Bei den Leichtverletzten gab es einen Zuwachs um 41,6 Prozent auf 16.184 im Jahr 2025.



© Paul Hill/Fotolia

Flucht bei Schießerei – zwei Polizistinnen aus dem Beamtenverhältnis entfernt

Mitten im Kugelhagel lassen zwei Polizistinnen ihre Kollegen im Stich. Strafrechtlich wurden sie bereits verurteilt, jetzt verlieren sie auch ihren Beamtenstatus. Die 2. Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Münster hat zwei Polizistinnen, die im Jahr 2020 in Gevelsberg bei einem Schusswechsel den Tatort und unter Beschuss geratene Kollegen verließen, wegen Dienstvergehens aus dem Beamtenverhältnis entfernt. Damit hat das Gericht nach mündlicher Verhandlung in nicht öffentlicher Sitzung auf die schwerste Disziplinarmaßnahme erkannt. In einem strafgerichtlichen Verfahren hatte das Amtsgericht Schwelm die beiden Polizistinnen wegen gemeinschaftlicher versuchter gefährlicher Körperverletzung im Amt durch Unterlassen für schuldig erklärt und zu einer Freiheitsstrafe von jeweils einem Jahr, deren Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt wurde, verurteilt (Urteil vom 16. November 2021, Az.: 59 Ls – 500 Js 551/20 – 25/20). Später hatte das Landgericht Hagen auf die Berufung der Polizistinnen hin die Freiheitsstrafen auf vier Monate unter Aussetzung der Vollstreckung auf Bewährung herabgesetzt (Urteil vom 5. Oktober 2022, Az.: 45 Ns 500 Js 551/20 – 4/22). Die Ende September dieses Jahres ergangenen disziplinarrechtlichen Urteile sind noch nicht rechtskräftig. Den Beteiligten steht – nach Zugang der schriftlichen Urteilsgründe – binnen Monatsfrist die Berufung an das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen zu Az.: 20 K 3270/25.O und 20 K 3271/25.O.

Social Media

Instagram-Fundstück



© DPolG Hamburg

Ruhestand*

Folgende Kollegen sind zum **31. August 2026** in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei	
PHK Michael Helms	PK 26
Akademie der Polizei	
PHK Andreas Naffin	AK 32
Wasserschutzpolizei	
LPD André Bertram	WSPL

Folgende Kollegin und folgender Kollege sind zum **30. September 2026** in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei	
PHKin Anja Dangschat	PERS 24
Akademie der Polizei	
PHK Jörg Bremer	AK 21

** Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.*

IMPRESSUM

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel.: 040.482800
Fax: 040.25402610
Mobil: 0175.3644284
E-Mail: FRHamburg@gmx.de

Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel.: 040.254026-0
Fax: 040.254026-10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de

Geschäftszeit: Montag bis Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr, Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr

Fotos: DPolG Hamburg, Frank Riebow, Oliver Schinkmann

ISSN 0723-2230